

## Hamburger Ostermarsch 2017

Rede von Dilan Baran, Vorsitzende der DIDF Hamburg, bei der Zwischenkundgebung auf dem Hansaplatz, 17. April 2017.

---

Liebe Friedensfreunde,  
die Lage in der Türkei wird immer angespannter. Staatschef Recep Tayyip Erdogan und die AKP haben die Türkei spätestens mit dem gestrigen Referendum in eine Präsidialdiktatur verwandelt. Die sowieso schon auf das Minimum reduzierten demokratischen und staatlichen Kontrollmechanismen wurden damit in Gänze abgeschafft.

In den letzten zwei Jahren ist die AKP-Regierung mit brutalster militärischer Gewalt und Repression gegen jegliche Form der Opposition vorgegangen. Über 500 000 kurdische Bürger wurden wegen der militärischen Angriffe des türkischen Staates in den letzten Monaten aus der Region vertrieben. Tausende kurdische Politiker sitzen in Gefängnissen. Seit über 61 Tagen sind die kurdischen Gefangenen im Hungerstreik. Wenn der türkische Staat nicht einlenkt und die Haftbedingungen und die Repressionen beendet, wird es viele Tote geben.

Niemand scheint vor der Staatsgewalt der AKP sicher: Kurden, Demokraten, Friedenskräfte, Gewerkschaften, Frauen, Akademiker. Wer nicht auf der Seite der totalitären Regierung steht, wird mundtot gemacht. Dabei fordern diese Menschen nur das, was auch wir heute fordern: Frieden, Solidarität und Freiheit!

Das Vorgehen der türkischen Regierung gegen die Bevölkerung, die systematische Einsperrung von Oppositionellen, die Zensur der freien Presse und Ermächtigung eines Mannes: Das alles weist erschreckende Parallelen zum Faschismus auf. Seit der Krise über die Ministerauftritte in Europa mehrten sich zwar die Kritiken der EU und der Bundesregierung gegenüber der Türkei, an der Grundhaltung wird sich aber nichts ändern. Wir dürfen diesbezüglich keine Illusionen haben. Die Türkei ist für die Interessenpolitik im Nahen Osten geopolitisch zu wichtig. Das zeigen schon die Investitionen von knapp 60 Millionen Euro in die Erweiterung des NATO-Stützpunktes in Incirlik.

Dass der Bundesregierung und der EU die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen wichtiger sind als die Demokratie in der Türkei, zeigt sich zudem an den enorm gestiegenen Rüstungsexporten dorthin. Wie sonst kann man erklären, dass die Türkei im letzten Jahr von Platz 25 auf Platz 8 der Empfängerländer deutscher Waffen aufgestiegen ist. Rheinmetall will zukünftig sogar direkt in der Türkei eine Fabrik bauen und vor Ort Panzer herstellen.

Für das deutsche Kapital ist die Türkei ohnehin ein unabdingbarer Absatz- und Investitionsmarkt. Über 6.500 deutsche Unternehmen sind direkt in der Türkei vertreten. Die größten Investitionen aus dem Ausland kommen von deutschen Unternehmen und die wichtigsten Handelspartner der Türkei befinden sich in Deutschland.

Die Zustände aber nur zu kritisieren, reicht uns nicht aus.

Frieden, Menschenrechte und Solidarität dürfen nicht nur reine Lippenbekenntnisse bleiben. Wir fordern von der Bundesregierung, mit jeglicher finanzieller, politischer und militärischer Unterstützung der Türkei aufzuhören. Vor allem müssen die Bundeswehrsoldaten, die heute mit Aufklärungsjets und einem Tankflugzeug vertreten sind, sofort aus Incirlik abziehen!

Liebe Freunde,  
die Herrschenden sprechen seit Jahren von nichts anderem als davon, dass überall gespart werden muss, von der Schuldenbremse und klammen Kassen. Offensichtlich gilt dieser Umstand nicht für die Kriegskasse. Denn wenn es um Hochrüstung geht, sitzt das Geld auf einmal locker. Während dessen sinken die Löhne im Bildungs- und Erziehungsbereich, das Personal im Gesundheitssektor wird so stark reduziert, dass es nicht mal mehr für eine grundlegende Versorgung reicht, und bezahlbarer Wohnraum wird absolut rar.

Wir sagen: Stoppt die Kriegsvorbereitungen! Beendet die Hochrüstung!

Wir brauchen Investitionen in Bildung, Gesundheit und in andere sozialen Bereiche und nicht in Kriege!

Die Brandherde auf der ganzen Welt mehren sich. Destabilisierungspolitik gegen Lateinamerika, Provokation gegen Russland und China, die Situation im Nahen Osten und in Afrika ist besorgniserregend.

Die Stationierung von NATO-Truppen in Osteuropa, US-Kriegsschiffe vor der Koreanischen Halbinsel und erneute Bombardierung in Syrien sind Provokationen, die sehr schnell zu einer kriegerischen Auseinandersetzung der Großmächte führen können. Das würde katastrophale Folgen haben.

Wir sagen: Hört auf mit diesen Provokationen! Hört auf, andere Staaten und Regionen zu destabilisieren!  
Zieht die NATO-Truppen aus Osteuropa ab!

Die Folgen der imperialistischen Kriegstreiberei sind längst auch in Europa angekommen. Doch anstatt jetzt entschiedener für Frieden einzustehen, wird Hetze gegen Geflüchtete betrieben. Diese Menschen, die in direkter Folge der Verteilungskriege im Nahen Osten hierher geflohen sind, werden nun zu Sündenböcken und Feindbildern gemacht!

In jenen Kriegen mischt die Bundeswehr aktiv mit.

Wenn wir heute Frieden fordern, müssen wir also genauso den Abzug der Bundeswehr aus allen Kriegsgebieten fordern!

Wir fordern ebenso die Einstellung aller Rüstungsexporte!

Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaften, die Rüstungsausgaben deutlich zu senken und in Rüstungskonversionsprojekte zu investieren!

Hoch die internationale Solidarität!